

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold
Nagolder Tagblatt

Gründet 1826

Verleger: 29

Bestellerteilung im
Oberamtsbezirk. — An-
zeigen sind daher von
bestem Erfolg.

Es wird kein Geld für
Übernahme, bei Anzeigen
oder Bestellungen in bestimmten
Rubriken oder an der ge-
wöhnlichen Stelle erlassen.
In Fällen von Abwesenheit
wird jedoch kein Geld für
Übernahme der Zeitung oder für
Abrechnung & Begleichung
für sich selbst, während die Be-
stimmung der Zeitung übernommen.

Telegrams-Adresse:
Gesellschafter Nagold.
Postfachkonto:
Stuttgart 5113.

Nr. 72

Freitag den 26. März 1920

94. Jahrgang

Ein offenes Wort.

„Dem Adler schreibt in seiner „Südd. Post. Kor.“: Es ist eine unbegreifliche Wahrheit, daß die Zusammenlegung der Nationalversammlung nicht mehr der Volksmeinung entspricht, es ist zweifellos richtig, daß die Volksmeinung die Wahl des Reichspräsidenten nach der Verfassung, das heißt: durch Volksabstimmung, vornehmen will. Warum hat die Regierung widerstrebt? Es soll hier nicht der agitatorische Meinungsplatz wiederholt werden, daß die Regierung der Verfassung entgegen gehandelt habe; das ist Sache der Auslegung und man kann die Nationalversammlung ruhig als die zuständige Interpretin der Verfassung ansehen. Eine Regierung aber, die sich Volksregierung nennt, darf an solchen, von großen Schichten des Volks getragenen Strömungen nicht vorbeigehen und dann besonders nicht, wenn solche Strömungen von demokratischem Geist getragen sind. Es war ein Fehler, daß die Regierung die neuen Nationalversammlungsarbeiten nicht vornehmen und die Wahl des Reichspräsidenten aus der Volksabstimmung in die Nationalversammlung verlegen will.

Aber das sind nicht die einzigen Fehler. Die Regierung ist in den wirtschaftlichen Fragen nicht mit der nötigen Entschiedenheit vorgegangen. Wir wollen uns unter keinen Umständen zu Fideshebern des agitatorischen Gewinnes der Parteifunktionäre und der Parteipresse machen und behaupten, irgend eine Regierung hätte lediglich mit „Mahnreden“, oder dem berühmten „arken Mann“ unsere Wirtschaft in normale Bahnen bringen können. Wir leben wirtschaftlich in der Weltrevolution, die Zusammenhänge sind volkswirtschaftlicher internationaler Natur und die ganze Welt muß erst wieder arbeiten, landwirtschaftliche und Rohprodukte erzeugen, bevor sie auch nur annähernd in die alten Bahnen eingeleitet werden kann. Keine Regierung, welcher Art sie auch sei, kann aus dem verödeten Deutschland ein paradiesisches machen, weil das darüberliegende Vaterland an eine traure Weltwirtschaft gebunden ist. Aber ein anderes hätte die Regierung tun müssen: Rücksichtslos gegen Schieber und Wucherer vorgehen. Eine Regierung muß zögern. Ein Abnahmengesetz gegen Wucherer und Schieber und Kapitalflüchtlinge hätte den entsetzlichen Verfall des ganzen Volkes gestoppt. Schieber, Wucherer in allen Formen, Kapitalflucht, hätte man als landesverräterische Handlungen stigmatisieren sollen; schon der Versuch zu solcher Vergehungen hätte beruhigend gewirkt und der Regierung mehr Steine ins Bett gebracht, als das offene Bemühen, Leute ohne genügende allgemeine Bildung und spezielle Vorbildung, lediglich weil sie der Parteinahme angehörten, in leitende Stellungen zu bringen.

Und noch eins. Das deutsche Volk will in allen seinen Parteien und Richtungen — einschließlich der großen Mehrheit der süddeutschen Arbeiter — nicht von den 90 000 Ostjuden wissen, die Deutschland überflutet haben und die deutsche Rot vernehmen. Diese 90 000 Ostjuden sind keine Arbeiter, die im Bergwerk, in der Landwirtschaft, im Gewerbe, im persönlichen Dienst usw. verwendet werden könnten, sondern sie sind Vertreter und Vermehrer der ohnedies als Volk empfindene Händlertaste — die ganze deutsche Welt „handelt“ — die durch das in ihr schaffende Gesetz der Verrentung der Produktion und Erschwerung eines billigen Ausgleichs die allgemeine wirtschaftliche Lage verschlimmert. Diese Feststellung soll nicht antisemitisch gemißt sein; denn die Rasse der Wucherer, Ausbeuter, Schieber ist international u. übersteigt alle Schranken des religiösen Bekenntnisses und östlicher Abgrenzung. Aber es ist klar, daß wenn 90 000 Ostjuden, die ihrem Beruf nach Händler sind, in Deutschland einfallen, eine natürliche Verstärkung jenes Händlertages bringen müssen, unter dem die ganze wirtschaftliche Welt zu leiden hat. Wer nicht Deutscher ist, nicht deutscher Staatsangehöriger, soll in dieser Zeit der Rot Deutschland verlassen. Die Regierung muß reagieren.

Die Vorgänge in Deutschland.

Vor dem Abkommen im Industriegebiet.

Hagen i. W., 24. März. Nach schweren Kämpfen, die sich zwischen Arbeitertruppen und der Reichswehr im Gebiet der Lippe unter Anwendung von schwerer Artillerie auf beiden Seiten abspielten, haben gestern Verhandlungen in Bielefeld begonnen, die in Hagen fortgesetzt wurden. Ein Waffenstillstand von 24 Stunden ist abgeschlossen worden. Die Parteien liegen sich verschanzt gegenüber. Die Verhandlungen letzte Reichskommissar Seeger, Reichsminister Sieberts und preussischer Minister Braun nahmen daran teil. Zur Feststellung der näheren Bedingungen wurde ein Schlichteramt gewählt. Man hofft auf eine endgültige Verständigung und die Beilegung der Kämpfe. Der geschäftsführende Ausschuss der Deutschen Volkspartei in Amsberg hat sich mit Entschiedenheit gegen die Maßregel einer Aushungerung des Ruhrgebietes ausgesprochen.

Bielefeld, 24. März. Bei den gestrigen hier geführten Verhandlungen über die Lage im Industriegebiet, an welchen

auch Regierungsvertreter teilnahmen, gab Reichskommissar Seeger einen Überblick über die Lage und erklärte, daß sich im Industriegebiet eine kommunistische Kampfzentrale gebildet habe. Reichsminister Sieberts erklärte, daß das Kabinett einmütig darin sei, Verhandlungen mit dieser Kampfzentrale anzubahnen. Es wurde schließlich eine Kommission gebildet mit der Aufgabe, ein Schiedsgericht zu bilden, damit dem Kampf der beiden Parteien ein Ende gemacht wird und das Blutvergießen aufhört. Die Vertreter der bewaffneten Arbeiter erklärten, bei einem Sieg der Regierungstruppen würden die hinter den Kommunisten stehenden Bergarbeiter sämtliche Bergwerke in die Luft sprengen. Es wurde ein zweiseitiger Waffenstillstand mit 24stündiger Kündigungsfrist vereinbart. Heute wird weiter verhandelt.

Keine Räterepublik.

Bielefeld, 24. März. Es wird überall die Nachricht verbreitet, daß im Ruhrgebiet in den meisten Städten die Räterepublik ausgerufen sei. In dieser Form ist die Nachricht irreführend. In den meisten Städten des Ruhrgebietes haben sich Vollzugsausschüsse gebildet, in denen Arbeiter aller Parteien, vom Zentrum angefangen bis zur R.P.D. vertreten sind. Diese sorgen für die Ruhe und Ordnung in den Städten. Die alten Behörden arbeiten fast überall ungestört weiter, natürlich unter Kontrolle dieser Vollzugsausschüsse. Gerade weil die Arbeiter aller Parteien in den Ausschüssen vertreten sind, ist vielleicht die Hoffnung nicht unberechtigt, daß auf dem Wege der Verhandlungen alle Differenzen oder wenigstens ein großer Teil der Differenzen beseitigt werden wird und daß es gelingen wird, auch diese Angelegenheiten, die einen mehr kommunalpolitischen Charakter tragen, in das Gesamtgefüge des Staates hineinzubringen.

Kommunistische Räderei.

Wien i. B., 24. März. Der „Bohémische Anzeiger“ berichtet aus Wien: Der Kommunist Max Böhl, auf dessen Anregung die Staatsanwaltschaft Wien 6000 Mark Belohnung ausgesetzt hat, und der in der Nacht zum Sonntag, 14. Straßenszene des Paulsensteiner Schwurgerichts aus dem Landgerichtsgefängnis Wien entflohen, erschien gestern Abend mit einer bewaffneten Bande von etwa 200 Mann. Sie besetzten alle Straßen und ließen niemand aus den Häusern heraus. Böhl selbst begab sich mit mehreren Leuten vor das Rathaus und verlangte vom Bürgermeister 100 000 K., die er auch erhielt.

Entspannung in Thüringen.

Kassel, 23. März. Bericht über die Lage im Bereich der Reichswehrbrigade 11. Eisenach: Seit gestern ist eine planmäßige Durchsicht aus noch Waffen im Gange. Patrouillen, die in Richtung Gotha vorzuziehen, erhielten aus Teutleben, Weingarten, Asbach Trübleben Maschinengewehrfeuer. Gotha: In der Stadt herrscht äußerliche Ruhe. Die Aufrechter requirieren auf dem Plage ein größeres Rückzugslokalität. Oberdorf: Das Lager dient zur Organisation von Aufständischenverbänden. Die Dienstpflicht für alle Männer im Alter von 20 bis 25 Jahren ist eingeführt. Dauernd treffen neue Truppen ein, die eingestellt werden. Ohrdruf, 24. März. Der Generalkriegsminister ist aufgegeben worden. Die Arbeiterschaft befindet sich noch im Besitz von Waffen. Der Platz selbst ist heute nach freiwillig von der Roten Armee geräumt worden. Kleine Banden von Bewaffneten sollen sich noch in den umliegenden Wäldern aufhalten.

Erfurt, 24. März. Die Thüringer Landeszeitung meldet: Heute morgen 8 Uhr hatten die Aufrechter in Gotha bedingungslos die Waffen gestreckt. Gegen 1 Uhr mittags wurden sich Abgeordnete der Stadt Gotha nach Eisenach begeben, um dem dortigen Truppenkommando die Abgabe der Waffen mitzuteilen. Darnach rücken die Regierungstruppen in Gotha ein. Die Führung der Roten Armee ist aus Gotha geflüchtet. Nachmittags findet die Verdringung von 73 Eisen statt.

Weitere Arbeitsaufnahmen.

Braunschweig, 25. März. Besten nachmittag wurde beschlossen, den Generalkriegsminister abzubrechen. Kiel, 24. März. Der Generalkriegsminister ist für beendet erklärt worden. Die Arbeit wird am Donnerstag früh wieder aufgenommen werden.

Ein Aufruf der österreichischen Sozialisten an das deutsche Proletariat.

Wien, 23. März. Wie die Arbeiterzeitung meldet, bejahte sich der Wiener Kreisarbeiterrat mit der durch die Ereignisse in Deutschland geschaffenen politischen Lage. Friedrich Adler begründete einen im Auftrage der Obmannkonferenz vorgeschlagenen Aufruf an das Proletariat Deutschlands. Nach längerer Debatte, in der die kommunistischen Redner für die Bewaffnung des Proletariats sprachen, wurde der von Friedrich Adler vorgelegte Aufruf bei Stimmhaltung der Kommunisten einstimmig angenommen. In dem Aufruf wird das deutsche Proletariat zur Schließung seiner Reihen aufgefordert und sodann zum Zwecke einer gemeinsamen Aktion des Proletariats gegen die Gefahr einer Konterrévolution zur Schaffung eines Arbeiterrates einberufen.

den. Weiter wird die Schaffung einer Wehr, wie sie das Proletariat in Oesterreich besitzt, gefordert. Zum Schlusse heißt es: Euer Schicksal ist unser Schicksal! Die Zeit wird nicht mehr fern sein, wo der Anichluß des Proletariats Deutsch-Oesterreichs an das revolutionäre und an das sozialistische Deutschland erfolgt. — Der Antrag des kommunistischen Friedländer auf Wehrbahnmachung des Proletariats wurde angenommen.

Weitere Zeitungsstimmen zum Kapp-Putsch.

Berlin, 24. März. Die Zeitungsstimmen zu den inneren Vorgängen in Deutschland sind noch dahin zu ergänzen, daß auch die Kreuzzeitung und der Vorwärts dazu Stellung nehmen. Die Kreuzzeitung stellt fest, daß nicht nur ganz Berlin, sondern ganz Deutschland auf das höchste von den Vorgängen vom 13. März überrascht worden sei. Niemand habe eine Ahnung gehabt von dem Plan, die Regierung Ebert-Bauer zu beseitigen und an ihre Stelle eine Regierung der Tat zu setzen. Das Blatt meint aber, daß eine Änderung der Regierung von weiten Kreisen des Volkes begehrt worden sei. — In derselben Nummer der Kreuzzeitung bespricht Graf Westarp die Gelschneife und bemerkt, augenscheinlich hätten die Truppen und deren Befehlshaber, auf die die Männer des Unternehmens sich stützen wollten, nicht hinter ihnen gestanden. In den leitenden Kreisen hätten jene Männer Widerstand gefunden. Zum Schluß wird auf die Notwendigkeit einer regen politischen Betätigung hingewiesen, da die Wahlen unmittelbar bevorstünden. — Der Vorwärts steht in den Folgewirkungen des Kapp'schen Unternehmens einen mächtigen Ruf nach links. Die Partei müsse den Kampf gegen die Reaktion mit verzehnfachter Energie fortsetzen. Sie müsse sich darauf einstellen, jederzeit die Verteidigung der Republik mit der Waffe des Generalkriegs oder mit der Feinte in der Hand wieder aufnehmen zu können.

Die Strafverfolgung.

Berlin, 24. März. Der Nationalversammlung ist der Gesekentwurf betreffend die Aburteilung der mit dem hochverräterischen Unternehmen vom 13. März 1920 zusammenhängenden Straftaten durch die ordentlichen bürgerlichen Gerichte zugegangen. Darnach steht die Aburteilung, auch soweit es sich um der Willkürgerichtsbarkeit unierstellten Personen handelt, ausschließlich den ordentlichen bürgerlichen Gerichten zu. Der Gesekentwurf wurde zunächst in eingehender Anschließdeutung vom Reichstag behandelt.

Deutsches Reich.

Die Unmöglichkeit einer reinen Arbeiterregierung.

Berlin, 24. März. Die Unmöglichkeit einer reinen Arbeiterregierung wird auch von der unabhängigen „Freiheit“ eingesehen. Sie stellt nämlich fest, daß die Bildung einer Arbeiterregierung auf große Schwierigkeiten stößt, da weder eine rein sozialistische noch eine rein bürgerliche Regierung von den Wählern für möglich gehalten werde.

Rücktrittsabsichten Eberts?

Basel, 24. März. Der Berliner Korrespondent der Basler Nachrichten meldet, daß der Reichspräsident Ebert sich mit Rücktrittsgedanken trage, da das Aussehen Roslos aus der Regierung nicht ohne Eindruck auf ihn geblieben sei.

Wiederzusammentritt der Nationalversammlung unbestimmt.

Berlin, 24. März. Die für Donnerstag anberaumte Sitzung der Nationalversammlung ist auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Dem Präsidenten Jochenbach ist die Ermächtigung erteilt worden, nach Klärung der Lage eine Sitzung anzuberäumen.

Uebergang der Eisenbahnen auf das Reich.

Berlin, 23. März. Die Vorlage betreffend die Ueberführung der Staatsbahnen auf das Reich zum 1. April ds. J. ist vom Reichstag angenommen worden.

Mittel für Kriegsgefangene.

SCB. Stuttgart, 24. März. In einer Besprechung im Reichsfinanzministerium mit den Vertretern ehemaliger Kriegsgefangener wurde, wie der Würt. Landesverband ehemaliger Kriegsgefangener mitteilt, von der Reichsregierung die Zusage erteilt, daß für die Heimkehrer weitere 289 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden sollen. Die aus finanzieller Belangenhaft zurückgeführten sollen eine Wirtschaftshilfe von 200 M. (bisher 100 M.), entsprechend dem gesunkenen Geldwert, erhalten. 250 Millionen Mark sind für Einlösung der Guthabenscheine vorgesehen, 9 Millionen M. als Zuschlag zur Regelung der Schadenersatzansprüche.

Der Fall Marloh.

Berlin, 24. März. Das kriegsgerichtliche Urteil gegen Oberleutnant Marloh ist von der Regierung bestätigt worden. Das Urteil, das Marloh wegen des Befehls zur Erschießung der 29 Matrosen freisprach, und ihn nur wegen unbedingter Entfernung zu einem Monat Festungshaft verurteilte, ist damit rechtskräftig geworden.



